



Rechtsanwaltskammer Thüringen · Bahnhofstraße 16 · 99084 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit  
und Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
31.08.2022 15:19

21637/22

Rechtsanwaltskammer Thüringen  
Bahnhofstraße 16  
99084 Erfurt

Telefon: (0361) 6 64 93-0  
Telefax: (0361) 6 64 93-20

E-Mail: [info@rak-thueringen.de](mailto:info@rak-thueringen.de)  
Internet: [www.rak-thueringen.de](http://www.rak-thueringen.de)

-nur per E-Mail-

Ihr Aktenzeichen

Drs. 7/5264

Unser Aktenzeichen

AV/93/2022  
Da-we

Datum

31.08.2022

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)**

Gesetzesentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

in vorbezeichneter Angelegenheit überreichen wir die im Auftrag des Vorstandes gefertigte anliegende Stellungnahme des Vorstandsmitgliedes RA Dr. Fertig zur gefälligen Verwendung.

Mit freundlichen Grüßen

**Beantwortung des Fragenkatalogs**

**zur schriftlichen Anhörung zum Gesetzentwurf in Drucksache 7/5264**

Vom Ausschuss beschlossene Fragen der Fraktion der CDU:

- 1. Entspricht der vorgelegte Gesetzentwurf Ihrer Ansicht nach dem Verfassungsgerichtsurteil vom 24.07.2018 (2 BvR 309/15, 2 BvR 502/16)? Welche Änderungen halten Sie für notwendig?**

Es sollte geprüft werden, ob der Richtervorbehalt die Entscheidung einer freiheitsentziehenden Maßnahme nicht grundsätzlich erhalten bleibt und nur in den Fällen der gegenwärtigen und erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung zumindest temporär ersetzt werden kann. Dies bedeutet, nur in den Fällen, in denen eine Gefahr für Leib und Leben besteht, kann im Zeitpunkt der Entscheidung auf den Richtervorbehalt verzichtet werden. Ggf. sollte der Richter im Nachgang beteiligt werden, um die Rechtmäßigkeit der Maßnahme zu überprüfen. Des Weiteren ist zu prüfen, ob die Formulierung in § 14 Abs. 2 ThürPsychKG „die fachliche Einrichtungsleitung“, die auch in § 26 Abs. 2 ThürMRVG vorkommt, als unbestimmter Rechtsbegriff geeignet ist, Rechtssicherheit zu schaffen. Insbesondere in den Fällen, wo der Richtervorbehalt nicht greifen würde, könnte es zu Streit dahingehend führen, ob die fachliche Geeignetheit bei der Einrichtungsleitung für die hier relevante Entscheidung gegeben war. Aus diesem Grunde sollte die Entscheidung im Falle des nicht gegebenen Richtervorbehaltes bei Eilbedürftigkeit nur durch eine zuständige Ärztin oder einen zuständigen Arzt oder eine zuständige Psychotherapeutin oder einen zuständigen Psychotherapeuten angeordnet werden.

- 2. Welche Auswirkungen hat der vorgelegte Gesetzentwurf auf die Arbeits- und Organisationsabläufe in den Einrichtungen des Maßregelvollzuges in Thüringen? Welche Auswirkungen hat der Gesetzentwurf auf Personal und den wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtungen?**

Diesbezüglich kann keine Erklärung abgegeben werden.

**3. Welche zusätzlichen Kosten fallen an?**

Diesbezüglich kann keine Erklärung abgegeben werden.

**4. Welche Auswirkungen hat der vorgelegte Gesetzentwurf auf die im Thüringer Maßregelvollzug Untergebrachten?**

Bei Nichtvorhandensein eines Richtervorbehaltes könnte die Gefahr bestehen, dass bei Abwägung der Voraussetzungen der besonderen Sicherungsmaßnahmen die rechtliche Abwägung in den Hintergrund tritt. In vorliegenden Fallgestaltungen muss allerdings bei Fällen der Eigen- und Fremdgefährdung sowohl die physische und psychische Situation bewertet, aber auch die Verhältnismäßigkeit im Sinne einer rechtlichen Bewertung gegeben sein. Das BVerfG hat dies in seinem Urteil vom 24.07.2018 (2 BvR 309/15) so entschieden. Dies scheint durch die gefundene Formulierung nicht ausgewogen berücksichtigt worden sei.

**5. Grenzt die in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG genannte Einschränkung, nur bei „gegenwärtigen erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung oder einer gegenwärtigen erheblichen Gefährdung bedeutender Rechtsgüter Dritter“ im richtigen Maße ein, in welchen Situationen besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG ergriffen werden können?**

Nein.

**6. Sollte in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG neben Wegnahme auch die Vorenthaltung von Gegenständen ausdrücklich erlaubt sein?**

Ja.

**7. Sollten zusätzlich zu den in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG genannten besonderen Sicherungsmaßnahmen weitere Maßnahmen genannt werden, wie etwa die Absonderung von anderen Patienten oder die medikamentöse Ruhigstellung?**

Unter Berücksichtigung der psychischen Situation des Betroffenen/der Betroffenen kann u. a. die Absonderung von anderen Patienten ein geeignetes Mittel sein. Bei Fällen der medikamentösen Ruhigstellung ist selbstverständlich die medizinische Bewertung bzw. Einschätzung der behandelnden oder hinzugezogenen Ärzte maßgeblich.

Die Möglichkeiten der besonderen Sicherungsmaßnahmen sollten hier breiter sein und eine größere Auswahl von Möglichkeiten beinhalten.

**8. Ist die Lösung rechtssicher und praktikabel, besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG durch zuständige Ärzte oder Psychotherapeuten schriftlich anordnen zu lassen?**

Wie bereits unter 1. erwähnt, ist die ärztliche und/oder psychotherapeutische Entscheidung auch bei einer schriftlichen Darlegung nicht unproblematisch, wenn diese die rechtliche Abwägung einer freiheitsentziehenden Maßnahme, so wie sie ein zuständiger Richter/eine zuständige Richterin vornehmen würde, treffen könnte. Die Frage, wann die schriftliche Anordnung zu dokumentieren ist, ist aus meiner Sicht unter Praktikabilitätspunkten infrage zu stellen. In der Regel stellt sich der Fall so dar, dass ein psychisch auffälliger Patient im Rahmen einer Selbstgefährdung zeitnah gesichert werden muss, so dass eine vorherige schriftliche Anordnung unpraktikabel scheint.

Nichts desto trotz verbleibt es damit, dass eine entsprechende Entscheidung einer besonderen Sicherungsmaßnahme spätestens im Nachhinein dokumentiert sein muss.

Insbesondere dann, wenn die Sicherungsmaßnahmen über einen bestimmten Zeitpunkt hinausgehen, verbleibt es dabei, dass hier in Erwägung gezogen werden muss, die juristische Prüfung zu ergänzen. Deswegen sei an dieser Stelle nochmals auf den Richtervorbehalt verwiesen.

- 9. Sollten eine für den Patienten verständliche Ankündigung (§26 Abs. 2 ThürMRVG) und Nachbesprechung (§14 Abs. 6 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 7 ThürMRVG) der besonderen Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG gesetzlich fixiert werden?**

Ja.

- 10. In welcher Form sollte die Dokumentation (§14 Abs. 7 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 8 ThürMRVG) erfolgen und welche Inhalte der Dokumentation sind gesetzlich zu fixieren?**

Hier sind die Anforderungen der medizinischen Dokumentation im Sinne einer Patientendokumentation ausreichend.

Vergleicht man die Vorgaben, die für eine medizinische Dokumentation, die auch durch die Rechtsprechung gefordert werden, so ist erforderlich, dass die Situation des Patienten (ggf. Krankheitsbild) und die Behandlungsalternativen (die Abwendung der besonderen Sicherungsmaßnahmen) dokumentiert werden. Insbesondere die Entscheidung, warum sich gerade für die jeweilige Sicherungsmaßnahme in diesem Moment entschieden wurde.

Des Weiteren ist erforderlich, die Eilbedürftigkeit der Entscheidung durch den behandelnden Arzt/die behandelnde Ärztin/die Psychotherapeutin/den Psychotherapeuten zu dokumentieren. Gerade die Frage der Eilbedürftigkeit ist von hoher Relevanz, denn wenn die Eilbedürftigkeit nicht gegeben ist, ist aus Sicht des Unterzeichners wieder an den Richtervorbehalt zu denken bzw. diesen zur Anwendung zu bringen.

- 11. Sollten die Regelungen in § 14 ThürPsychKG und § 26 ThürMRVG generell synchronisiert werden?**

Ja. Eine Synchronisation ist sinnvoll, da es aufgrund von möglichen Lücken, die durch unterschiedliche Regelungen entstehen, Auslegungsprobleme geben kann.